

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

25. Mai 1968 - 42 / 11

Einzelpreis DM 0.75

SPD-PARTEITAG: RESIGNATION AUF ALLEN SEITEN

Der Parteitag der Westberliner SPD steht im Zeichen nervöser Spannung einerseits und einer gewissen Resignation: Aus der Rechten wie aus der Linken der Partei wird berichtet, daß schon vor Beginn feststehe, daß eine "Lösung anstehender politischer Fragen" nicht erwartet werden kann; im Gegenteil: die den Parteitag bestimmenden personellen Querelen werden die innerparteilichen Gegensätze verschärfen und die Partei weiter paralysieren. Vordem Parteitag werden Demonstrationen der Jungen Linken gegen die vom Landesvorstand vorgelegte "Maulkorb"-Anordnung erwartet, die die innerparteiliche Diskussion stark beschneidet. Zahlreiche Gliederungen der Partei haben in den Tagen vor dem Parteitag scharfe Resolutionen verabschiedet. Die Zehlendorfer Jungsozialisten beispielsweise erhoben die Forderung nach einem Auswechseln der Westberliner Parteispitze. Die neue Führung, "die möglichst wenig verhaftet mit der bisherigen Politik" sein soll, müßte willens und fähig zu einem Neuanfang sein. Im traditionell rechten Kreisverband Steglitz erlitten bei den Jusos die Rechten eine 76:74-Niederlage; der rechte Vorstand muß sich daher demnächst einem Mißtrauensantrag stellen - er wird wie der im traditionell rechten Kreisverband Wilmersdorf (wo es bereits geschah) abgewählt werden. Der Vorstand der SPD-Betriebsgruppe an den Westberliner Hochschulen trat aus Protest gegen die "Maulkorb"-Vorlage zurück; es soll ein neuer Vorstand gewählt werden, der den Kampf um die innerparteiliche Demokratie mit aller Härte führen soll.

NOTSTANDS-STREIK: DEMONSTRATION VON ÜBER 500 000 ERWARTET

Obwohl der DGB einen politischen Streik gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze abgelehnt hat, werden für die ersten drei Tage der kommenden Woche Protestaktionen erwartet, die mindestens 500 000 Menschen bewegen werden. Die Mehrheit der rund 300 000 Studenten an den westdeutschen und Westberliner Hochschulen wollen streiken und ihre Universitäten kurzfristig besetzen; mit Schwerpunkten in Westberlin, Hamburg und Hessen werden Schulstreiks erwartet. Teile der Arbeiterschaft, unterstützt von lokalen Gewerkschaftsorganisationen, werden von Montag bis Mittwoch Warnstreiks durchführen. Eine EXTRA-Dienst-Umfrage ergab, daß allein in Mannheim und Frankfurt in Großbetrieben mit mindestens 50 000 Mann Belegschaft die Arbeit unterbrochen wird. Schwerpunktstreiks, die im Schneeballeffekt zur Solidarisierung führen sollen, sind u. a. in Bremen, Hamburg, im Ruhrgebiet, in Köln, Stuttgart und Nürnberg geplant. Am Freitagabend fand in der Kölner Uni eine Aktionstagung statt, an der die Betriebsräte und Vertrauensleute der wichtigsten Großbetriebe des Ruhrgebiets über Streiks und Demonstrationen berieten. Die EXTRA-Dienst-Rundfrage ergab, daß die Vertrauensleute, Betriebsräte und lokalen Gewerkschaftsorganisationen äußerst zurückhaltend mit Auskünften über geplante Aktionen sind; offenbar befürchtet man, daß ein frühzeitiges Bekanntwerden massive Beeinflussungsversuche der Gewerkschaftsbürokratie auslösen würde.

SCHULSPORTFEST: NEUBAUER MACHTE IN PANIK

Das Sportfest aller Westberliner Schulen, das Freitag vor 52 000 Schülern im Olympiastadion stattfinden sollte, wurde 48 Stunden vor Beginn gegen den Widerstand Schulsenator Evers' auf Druck von Polizeisenator Neubauer abgesetzt. Neubauer "enthüllte" im Senat, daß die Außerparlamentarische Opposition das Sportfest zu "Störaktionen mißbrauchen" werde. Neubauer erklärte, er müsse "mindestens 600 Polizeibeamte" einsetzen, das sei Alarmstufe II; ein solch zusätzlicher Einsatz sei der Truppe, die ohnehin wegen des "Deutschen Turnfestes" und wegen der zum 2. Juni - Jahrestag der Erschießung Benno Ohnesorgs - zu erwartenden Demonstrationen überbelastet sei, nicht zuzumuten. Oppositionelle Schülergruppen hatten geplant, Mitschüler und Lehrer mit Transparenten und Flugblättern aufzufordern, am kommenden Mittwoch den von der Außerparlamentarischen Opposition ausgerufenen Generalstreik zu unterstützen. Die Panik-Entscheidung des Schütz-Neubauer-Senats hat unter Lehrern und Schülern, die sich wochenlang auf den sportlichen Vergleich der einzelnen Schulen vorbereitet hatten, erhebliche Verärgerung ausgelöst.

BASISGRUPPE GROPIUSSTADT: PROTEST GEGEN ZWANGSEXMITTIERUNG

Mit einer Aktion gegen Zwangsexmittierungen von kinderreichen Arbeiterfamilien beschäftigt sich jetzt die Basisgruppe Märkisches Viertel - Aktionsgruppe Gropiusstadt. So mußten am Dienstag gleich vier Einsatzkommandos der Polizei zu Hilfe geholt werden, um Möbelpackern den Weg zu bahnen, denen etwa 50 Arbeiter und Studenten den Hauseingang blockierten. In diesem Fall wurde eine Arbeiterfamilie mit drei Kindern aus einer Vier-Zimmer-Wohnung der Baugesellschaft DEGEWO (Aufsichtsratsvorsitzender: Bausenator Schwedler) geworfen, da sie bei einer Monatsmiete von 298,85 DM mit 1600 Mark im Rückstand war. Die Familie lebte zur Zeit ihres Einzugs im Mai 1967 von 500 Mark Arbeitslohn plus 138 Mark Kindergeld. Das Sozialamt verweigerte auf Antrag einen Wohngeldzuschuß. Im August erkrankte der Arbeiter und wurde von seiner Firma entlassen; Ende September begann er bei einer neuen Firma, die ihn Ende Januar wegen Arbeitsmangels entließ. Durch erneute Erkrankung und Arbeitsplatzwechsel geriet der Mieter weiter in Rückstand; solange er Lohn erhielt, zahlte er die Miete pünktlich und versuchte, in Raten die Mietschulden abzutragen. Seit Anfang Mai hat der Mieter wieder einen festen Arbeitsplatz. Sein Angebot an die Wohnungsgesellschaft, neben der Miete seine Rückstände in 50-Mark-Raten abzutragen, wurde ebenso abgelehnt wie ein erneuter Antrag beim Sozialamt auf Mietzuschuß: "Eine Bedürftigkeit liegt nicht vor". Am 21. Mai wurde bei dem Mieter ohne schriftliche Vorankündigung zwangsgeräumt: Die Möbel, in den Schränken befinden sich noch zahlreiche Kleidungsstücke, kamen auf den Pfandspeicher des Amtsgerichts. Wenn der Arbeiter nicht innerhalb von drei Wochen die 1600 Mark Mietrückstand sowie 700 Mark "Umzugskosten" zahlt, werden die Möbel versteigert. Die Familie lebt jetzt in einem einzigen Raum im Obdachlosenasyl. Die Protestaktion der Basisgruppe wurde von der Westberliner Presse kaum beachtet: "Der Abend" berichtete darüber unter der Überschrift: "Warum noch Miete zahlen?" und der Unterzeile "Berufsprotestierer fanden wieder einmal neuen Anlaß". Im Theodor-Loos-Weg 6-12 in der Gropiusstadt sind weitere 28 Familien mit Kindern von der Zwangsexmittierung in der nächsten Zeit bedroht. In diesem Block wohnen 128 Familien mit über 300 Kindern.

BUCHHÄNDLER UND VERLEGER: AUFRUF GEGEN NOTSTANDSGESETZE

Siebzig Westberliner Buchhändler und Verleger haben bisher eine öffentliche Erklärung gegen die Notstandsgesetze unterzeichnet, die seit Anfang der Woche in den Firmen des Buchhandels kursiert. Unter anderem haben die Verleger Blanvalet, Gerhardt und Wagenbach und die Buchhändler Röhrbein und Marga Schoeller unterschrieben. In dem Aufruf heißt es: "Nicht jeder Berliner Buchhändler und Verleger ist Berliner. Die Unterzeichnenden erinnern an die Interessen westdeutscher und ausländischer Mitbürger, die in unserer Stadt arbeiten. Für sie bedeutet die Verabschiedung der Notstandsgesetze einen unmittelbaren Eingriff und eine Gefahr für ihre freie Berufsausübung... Wir fordern zu Kundgebungen und Streikaktionen auf, die den Widerstand gegen diese Gesetze artikulieren."

NEUBAUER: POLIZEI SOLL SICH VON DER UNI FERNHALTEN

Wie aus dem Rektorat der Freien Universität verlautet, soll Bürgermeister Neubauer - offensichtlich geschockt durch die Erfahrungen der Pariser Polizeibehörde - nicht bereit sein, eine Besetzung des Otto-Suhr-Instituts durch Studenten mit polizeilichen Maßnahmen zu verhindern. Es solle, so schlug Neubauer vor, eine politische Lösung gefunden werden. Wie diese Lösung allerdings aussehen soll, ist auch ihm unklar. Die Räume des Otto-Suhr-Instituts werden voraussichtlich von Montag bis Mittwoch Ort permanenter Diskussionen über Notstand und Widerstand gegen Notstandsgesetze sein. Auch für die örtlichen Basisgruppen sollen die Räume nach dem Willen der Studenten offenstehen. Erörtert wurde der Vorschlag, das Otto-Suhr-Institut in Karl-Liebknecht-Institut umzubenennen.

UTE ERB: DER TODESSTRAFE ENTGANGEN

Zu Geldstrafen von 100 und 150 Mark wegen "Nötigung" und "achtungswidrigen Handlungen gegen alliierte Streitkräfte" nach der alliierten Verordnung 511 vom 15. Oktober 1951 wurden die Schriftstellerin Ute Erb und der spanische Arbeiter José Lopez Carrion verurteilt. Die Anklage erfolgte auch wegen "Aufreizung zu öffentlicher Unruhe"; das während des Koreakrieges entstandene Gesetz sieht für diese Delikte auch die Todesstrafe und Zuchthausstrafen bis zu 10 Jahren vor. Die beiden Angeklagten hatten sich im Herbst letzten Jahres aus Protest gegen die US-Kriegsführung in Vietnam vor eine US-Truppenparade in Neukölln gesetzt. Sie wurden dabei von Prügel-Berlinern mißhandelt. Der Staatsanwalt hatte in seinem Plädoyer erklärt, die Handlungen der Angeklagten seien nach dem 2. Juni geeignet gewesen, "Öl ins Feuer zu gießen"; er verteidigte die Ausschreitungen Westberliner Bürger mit dem Hinweis, die Angeklagten hätten voraussehen müssen, daß die Bevölkerung gewalttätig reagiere. Damit sei der Tatbestand der "Aufreizung zur öffentlichen Unruhe" erfüllt. Das Gericht folgte diesem Vortrag nicht in allen Punkten. Es stellte fest, daß ein solches Handeln der Angeklagten "möglicherweise gerechtfertigt sei, wenn sich Truppen nach Vietnam verabschieden", aber nicht bei einem "Freundschaftsfest"; er qualifizierte die Demonstration der Angeklagten "ebenso, als wenn man Zwistigkeiten mit einem anderen ausgerechnet an dessen Geburtstag austrage".

POLITIK-SPIELEREI: SPD-LEUTE NACH PEKING

Die Versuche, eine "Lösung der Deutschlandfrage durch Nutzen des Konflikts zwischen Moskau und Peking" herbeizuführen (die unter der Regierung Adenauer begonnen wurden) werden auch durch die Regierung Kiesinger-Brandt fortgesetzt. Im Einvernehmen mit Außenminister Brandt werden demnächst drei SPD-Bundestagsmitglieder nach Peking reisen und "erste parlamentarische Kontakte pflegen". Die Namen der drei Abgeordneten waren nicht zu eruieren.

SPD-PRESSE-DIREKTOR: WER ZAHLT 7500 MARK IM MONAT ?

Die SPD möchte im Zuge der Umgestaltung ihres "Informationswesens" den Direktor der Öffentlichkeitsarbeit in der "Baracke", Fried Wesemann, loswerden, dem man "Versagen in der Darstellung der SPD-Erfolge" vorwirft. Schwierigkeit: Wesemann soll einen Vertrag haben, der ihm monatlich ein Einkommen von 7500 Mark garantiert und der über 10 Jahre läuft. Die SPD hat Wesemann zugesagt, ihm bei der Suche nach einem neuen Job, der gleichwertige Einkünfte sichert, behilflich zu sein. Die Suche dauert an. - Als Nachfolger Wesemanns ist Leo Bauer vom "stern" im Gespräch, Wehner-Freund aus der Komintern-Zeit, ehemals Chefredakteur des DDR-Deutschlandsenders und von einem sowjetischen Militärtribunal wegen "subversiver" Tätigkeit erst zum Tode, dann zu Zwangsarbeit verurteilt, aber vorzeitig freigelassen.

ADK: DER SPD MIT ENTHÜLLUNGEN GEDROHT

Zwischen der durch Denunziantentum bekanntgewordenen "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" (ADK) und der Bonner SPD ist es zu heftigen Auseinandersetzungen ge-

kommen. Die SPD fordert eine Auflösung der ADK, die in der Vergangenheit zahlreiche Sozialdemokraten kommunistischer Umtriebe verdächtigt hat. Eine Streichung öffentlicher Zuschüsse wurde in den Bundestagsausschüssen daher befürwortet. Die CDU/CSU hat die Kritik hingenommen und auf ihre Weise für weitere Finanzierung gesorgt: 1968 fließen der ADK Mittel aus dem Titel 300 des Bundeskanzlerhaushalts (Reptilienfonds) zu. Derart gestärkt, drohte die ADK der SPD inzwischen, jetzt die Haushaltsmittel der einzelnen SPD-Minister zu zerplücken und "zu prüfen, wo die Verfügungsmittel für Öffentlichkeitsarbeit der einzelnen Minister bleiben". Die ADK will nachweisen, daß diese Mittel in die Parteikassen fließen, wenn die SPD nicht aufhöre, die Auflösung der ADK zu fordern.

PARISER MAI: SONDERDRUCK AB DIENSTAG

EXTRA-Dienst wird ab Dienstag einen Sonderdruck "Pariser Mai" herausbringen. Er enthält einen Bericht von Gisela Mandel über die "Nacht der Barrikaden" in Paris, eine theoretische Einschätzung des SDS-Mitgliedes Wolfgang Lefèvre und Auszüge aus Flugblättern, die in Paris von verschiedenen Organisationen herausgebracht wurden (deutsche Übersetzung). Der Sonderdruck wird im Einzelverkauf eine Mark kosten. Der Erlös des Sonderdrucks wird dem Westberliner SDS zur Verfügung gestellt, dessen Räume von einer Schlägergarde der NPD verwüstet wurden. Der SDS wird mit den Erlösen die zerstörten technischen Anlagen des SDS-Zentrums rekonstruieren.

PARISER MAI: VIETNAM-ERPROBTES GAS GEGEN DEMONSTRANTEN

Die Pariser Zeitung "Avantgarde Jeunesse", ein Organ der "Revolutionären Jungkommunisten", zeigt in ihrer letzten Ausgabe im Bild zwei Dutzend Sprengkörper, mit denen die Pariser Polizei gegen Demonstranten vorging. Die Polizei des gegen den Vietnamkrieg der Amerikaner zumeist allergisch reagierenden Generals de Gaulle setzte dabei Waffen ein, die von den USA in Vietnam erprobt wurden: Granaten mit den Kampfgasen CN, CS und CB. Eine Granate enthält 0,6 bis 3,0 Gramm dieser Kampfstoffe. Mit 3 mg pro Kubikmeter sind diese Gase tödlich, erklärte einer ihrer Erfinder, der US-General Rotschild. Ferner wurden, wie Splitter und Blindgänger beweisen, Phosphor-, Chlor- und "Offensiv"-Granaten eingesetzt, die teilweise nicht - wie es das Polizeireglement vorsieht - in die Luft geschossen, sondern im "direkten Beschuß" eingesetzt wurden. Von einer Granate im Rücken getroffen wurde u. a. der westdeutsche ARD-Korrespondent Peter Scholl-Latour.

DDR: AUTOBAHNBAU LEIPZIG-DRESDEN

Die Planung für den Autobahnbau Leipzig-Dresden ist fertiggestellt. Mit dem Baubeginn wird Anfang 1970 gerechnet. Die Länge der Bahn: 100 Kilometer. Die Autobahn muß 150 Wasserläufe, Straßen und Eisenbahnlinien überwinden, so daß mit Kosten von 500 Millionen Mark gerechnet wird. Die Fahrzeit zwischen den beiden Städten wird um 50 Minuten verkürzt. - Der Bestand an Privatautos in der DDR hat sich seit 1958 versiebenfacht: Auf elf Haushalte kommt jetzt ein Auto. Seit 1963 steigt der Anteil der Arbeiter an Auto-Neuerwerbungen schneller als der anderer Bevölkerungsgruppen. Derzeit verfügen von 100 Haushaltungen 10 bei Arbeitern, 15 bei Angestellten, 17 bei Handwerkern, 25 bei Bauern und 30 bei Selbständigen und freien Berufen über einen Wagen.

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

SONNTAG, 26. Mai, 20 Uhr: Die CSSR-Schriftstellerin Ruzena Grebenickova, die anlässlich einer Tagung der Evangelischen Akademie in Westberlin ist, wurde zu einem Vortrag eingeladen. Thema: Entwicklung in der CSSR. Bis Redaktionsschluß war nicht zu erfahren, ob die Veranstaltung zu diesem Termin auch stattfinden kann.

MONTAG, 27. Mai, 20 Uhr: Der französische Soziologe Lucien Goldmann spricht im RC über "Strukturalismus und genetische Soziologie als Methoden des Studiums der Kultur und der sozialen Wirklichkeit im französischen Denken von heute". Der RC hofft, daß Goldmann einen Weg findet, aus Frankreich nach Westberlin zu kommen. . .

BUNDESPRESSEAMT: SPANISCHEM EINFLUSS GEBEUGT ?

Der Redakteur des englischsprachigen amtlichen Bulletins, das vom Bundespresseamt herausgegeben wird, wurde im letzten Oktober entlassen. Redakteur Klaus Poll hatte im Bulletin das über die Deutsche Presseagentur gekommene Bild einer Ausstellung des spanischen Malers Ibarrola im Stuttgarter Voltaire-Club veröffentlicht. Das hatte offenbar den Unwillen des Madrider Informationsministers Iribane erregt. Ibarrola ist Widerstandskämpfer und sitzt derzeit wieder in einem spanischen Gefängnis. Dem Bundes-Presse- und Informationsamt war es gelungen, den Tatbestand der Entlassung Polls bis jetzt zu verschleiern. Vorgesetzter Polls: Conrad Ahlers.

JUNGES THEATER BERLIN: ENSEMBLES ARBEITEN ZUSAMMEN

Die Schaubühne am Halleschen Ufer, das Forum-Theater am Kurfürstendamm, die Werkstatt des Schillertheaters, das Nachtstudio der Freien Volksbühne, das Reichskabarett und das Kulturreferat der TU haben sich zum "Jungen Theater Berlin" zusammengeslossen. In einem Aufruf heißt es, "das Theater hat eine wichtige Funktion und Aufgabe im Meinungsbildungsprozeß. Doch wird Theater nicht immer und überall funktions- und zeitgemäß gemacht. Wir geben Ihnen deshalb die Möglichkeit, sich weniger als Konsument solchen Theaters zu begreifen, sondern bewußt und gezielt an der Gestaltung des Spielplans mitzuwirken." Das soll vor allem durch Diskussionen mit den Theaterleuten geschehen. Mitglied des "Jungen Theaters" wird man durch Kauf eines Ausweises, der an den Theaterkassen und in den Mensen der FU und TU zu erhalten ist. Der Ausweis berechtigt zum Bezug verbilligter Karten. Angeboten wird vorerst "Teufel erschießt Ohne-sorg" von Marianne und Erling Eichholz (im Forum-Theater), das Programm des Reichskabarett, der "Hundsprozeß" und "Stalin als Herakles" von Hartmut Lange (in der Schaubühne), "Gerettet" von Edward Bond (in der Volksbühne), "Amerika Hurra" von Jean-Claude van Itallie und "Abel, wo ist dein Bruder" von Juliu Edlis (Schillertheater-Werkstatt).

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

DIE ORDENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG des RC findet Sonnabend, 25. Mai, 15 Uhr, im Evangelischen Gemeindehaus an der Thielallee statt. Fahrverbindungen: U-Bahnhof Dahlem-Dorf, Bus A 1 und A 10.

DONNERSTAG, 6. Juni, 20 Uhr, spricht im RC-Arbeitskreis "Bürokratie und Räte-system" Prof. Gottschalch von der Westberliner PH über "Rätestruktur als Modell politischer Demokratie".

MONTAG, 27. Mai, 19. 30 Uhr, trifft sich im RC der Arbeitskreis "Aktion". Der Arbeitskreis teilt mit, daß "neue Ziele abgesteckt, die Aufgaben verteilt werden müssen". Man bittet daher um die Teilnahme der bisherigen Mitglieder und weiterer Interessenten.

EXTRA-DOKUMENTATION

NPD STELLT FEST: ÜBEREINSTIMMUNG MIT SPD, BUNDESTAG, ADENAUER

Die Neofaschisten bemühen sich, koalitionsfähig zu werden. EXTRA-Dienst veröffentlicht heute zwei Dokumente, die dieses Bemühen zeigen: Im Faksimile auf Seite 9 einen Ausschnitt aus der NPD-Zeitung "Deutsche Nachrichten", in dem nachgewiesen werden soll, daß die NPD die gleichen programmatischen Vorstellungen hat wie SPD, CDU und Bundesregierung; auf den folgenden Seiten einen größeren Auszug aus der Rede, die am vergangenen Sonnabend auf der NPD-Großveranstaltung in Westberlin gehalten werden sollte. Die Veranstaltung konnte bekanntlich nicht stattfinden. Beide NPD-Dokumente lassen in der Tat die Frage aufkommen, aus welchen Gründen diese Partei nicht mit irgendeiner der anderen "demokratischen Parteien" ins Koalitions-geschäft kommen sollte. Wenn nicht jetzt, so doch in einigen Jahren... Es folgt der Auszug aus der NPD-Rede:

"Nun aber müssen wir zunächst den Blick auf die Reihen unserer Gegner richten, ehe wir den Weg unseres eigenen Wollens weitergehen, den der Gegner uns zu verlegen trachtet.

Das wäre wohl seingutes Recht: so wie wir die Regierenden bekämpfen, sollen die Regierenden auch uns bekämpfen. Aber beides hat so zu geschehen, daß ein faires Spiel zwischen Regierung und Opposition zustandekommt, nämlich die gegenseitige Anerkennung der Tatsache, daß es in einer Demokratie weder einen Staatsfeind noch einen Staatstragenden geben kann, sondern nur das Gegenspiel zwischen einer oppositionellen und einer regierenden Meinung. Dabei soll die Opposition ihre klare Meinung einer klaren Regierungsmeinung entgegenstellen. Nun aber ist es umgekehrt. Eine genau artikuliertete Regierungsmeinung kennen wir nicht. Nicht nur wir sind nach Kiesingers inhaltsloser Rede zur "Lage der Nation" davon überzeugt, daß es keine gibt. Wir hören von unüberbrückbaren Gegensätzen im Regierungslager, und die Beteuerungen, daß das gar nicht wahr sei, überzeugen eigentlich niemanden, mit Ausnahme der, daß sie alle gegen die NPD sind. Dagegen weiß die nationale Opposition sehr genau, was sie will.

Es ist nun ein Wort aufgetaucht, daß sich mit den Spielregeln unserer Demokratie kaum verträgt: die "außerparlamentarische Opposition". Eine außerparlamentarische Opposition ist aber dem Grundgesetz ebenso fremd wie eine außerparlamentarische Regierung, denn das Grundgesetz bindet die Regierung ebenso an das Parlament wie die Opposition. Das gilt auch für oppositionelle Parteien, die sich noch im vorparlamentarischen Raum befinden und zu denen wir jedoch nicht gehören, da wir in sieben Landtagen als Opposition vertreten sind. Auch für vorparlamentarische Opposition gibt es nur ein einziges legitimes Ziel, nämlich ins Parlament zu gelangen und dort ihre Meinungen der Regierung entgegenzusetzen.

Eine außerparlamentarische Opposition aber ist ganz und gar illegitim. Sie führt mit Sicherheit zur permanenten Revolution gegen die legitimen Institutionen, von denen die Parlamente nach unserem Grundsatz die wichtigsten sind.

Das Experiment mit dem Mehrheitswahlrecht wäre für uns gar nicht ungünstig. Die SPD käme nämlich sehr schnell unter 30 % und wir beim Anhalten unseres Aufschwunges möglicherweise über 30 %. Das Mehrheitswahlrecht ist aber deshalb so gefährlich, weil es die Mehrheit der Wähler in einen außerparlamentarischen und damit permanent revolutionären Raum verweist. Und das in der gefährlichen Lage, in der wir Deutschen uns insgesamt und sich die Bundesrepublik im besonderen befinden.

Die NPD aber ist eine parlamentarische Opposition. Sie ist verpflichtet, praktische Alternativen zur Regierungspolitik aufzustellen und damit darzutun, wie sie selbst in der gegebenen politischen Lage handeln würde, wenn sie in der Regierungsverantwortung steht. Sie muß den Wähler davon überzeugen, daß sie den richtigeren Weg gewählt hat. Sie muß dazu den politischen Willen des Volkes zunächst einmal wecken, denn der schläft. Sie muß in einer Masse unpolitischer Zeitgenossen politische Bewegung wecken, nicht ins Blaue hinein, wie die außerparlamentarische Opposition, sondern in überlegter Richtung mit fest abgesteckten konstruktiven Zielen.

Daß die aufsässige Jugend Bärte und lange Haare trägt und sich abstoßend kleidet, und daß sie damit optische Reizsignale gibt für die Ablehnung, die sie überall erfährt, ist recht unwesentlich. In den Jahren nach den Befreiungskriegen trugen sie auch Bärte, Baretts, altdeutsche Wämser und führten Degen und große Hunde mit und zwar mit dem gleichen Erfolg, daß sie von den Bürgern abgelehnt wurden und der Reaktion ihr Spiel erleichterten. Das alles sind spätpubertäre Erscheinungen des Selbstbestätigungsdranges, die jeder Jugendpsychologe leicht zu deuten imstande ist.

Allein entscheidend ist die Antwort auf die folgenden Fragen:

1. Wer sind die Lehrmeister dieser Jugend?
2. Vertreten sie Anschauungen, die wirklich zeitgemäß sind oder wachsen die Bärte nach innen?
3. Welche der Teilungsmächte hat ein wohlbegründetes Machtinteresse am Schüren einer permanenten Revolution in Westdeutschland?

Und hier die Antwort: 1. Lehrmeister dieser Jugend sind nicht die Professoren der alten akademischen Wissenschaften: Naturwissenschaftler, Juristen, Sprachwissenschaftler oder Techniker. Es sind Professoren, die dem Stamm überlieferter deutscher akademischer Lehrer und Forscher nach 1945 von den Alliierten als Fremdkörper aufgepropft wurden und nun ihre krebsartige zerstörende Wirkung ausüben: Linke Soziologen und Po-

litologen, Zeithistoriker mit volkspädagogischem statt wissenschaftsgerechtem Auftrag, Philosophen des banalen Pragmatismus aus Amerika.

Diese Außenseiter der Umerziehung haben es verstanden, ihre Schülergruppen politisch zu aktivieren; denn je naiver die Aussage, je unkritischer werden die Schüler, und je herausfordernder die Aussage, um so provozierender werden die Schüler. Unseren fachverpflichtenden, ernstzunehmenden akademischen Lehrern ist es aber nicht gelungen, ihre Schüler politisch zu aktivieren. Das ist auch nicht der Beruf einer Wissenschaft, deren Auftrag es ist, die verschiedenen Seiten einer Sache kritisch klarzulegen und zum kritisch-selbständigen Denken zu erziehen. Der größte Irrtum, dem wir aufgelaufen sind, ist, daß wir eine kritische Jugend hätten, die geradezu gierig nach den Ergebnissen kritischer Wissenschaft greifen würde. Dazu ist unsere Jugend durch die volkspädagogisch erwünschte Umerziehung viel zu primitiv vorbereitet. Gewiß, es hätte seitens der seriösen akademischen Lehrer mehr geschehen können, wenn in der heutigen Massenuniversität der Kontakt zwischen Lehrer und Schüler in der Fachwissenschaft nicht zerrissen wäre, während er in den Jüngergruppen umerziehender heiliger Meister umso enger geworden ist.

Der linke Studentenaufstand wird fast ausschließlich von deren Schülern geführt, die meist die einzigen Kandidaten sind, die sich für die Ämter der studentischen Selbstverwaltung zur Verfügung stellen. Sie sind gelernte Revolutionstaktiker und Demagogen. Es ist nicht gelungen, die Mehrheit der Studenten zu einer überlegenen Gegenwehr zu aktivieren.

2. Die Anschauungen, die Rudi Dutschke, Lefèvre, Nevermann, Wolff und andere vortragen und der Stil, in dem sie vortragen, wechseln mit dem jeweiligen Auditorium. Es ist aber in jedem Fall eine geistige Brockensammlung verschiedenster Herkunft: Marx, Trotzki, Mao, amerikanische Soziologie, aufklärerische Utopie und dazwischen richtige oder mindestens halbrichtige Erkenntnisse der Gegebenheiten der Gegenwart: ein Konglomerat, das leicht auseinander zu nehmen ist. Allerdings sind darunter so viele Heiligtümer der Umerziehung, deren Unberührbarkeit es verhindert, daß das angegriffene Establishment mit dem Konglomerat fertig wird.

3. Es ist sicher unrichtig, daß hinter der außerparlamentarischen Opposition Moskau oder Peking in dem Sinne stände, daß sie Westdeutschland mit diesen Spinnern als Vortrupp in einen kommunistischen Staat verwandeln wollten. So einfach liegen die Dinge nicht. Wohl aber versucht der nach Osten schauende Kreml, uns so heiße Sommer zu bescheren, daß sein Rücken besser gedeckt ist, deswegen muß auch die Bundesregierung isoliert und aufgeweicht werden. Denn die BRD ist immerhin der wirtschaftlich, militärisch und politisch gewichtigste Staat in Europa.

Das ist trefflich gelungen: Von Feuerland bis Kamtschatka und von Alaska bis Neuseeland gilt die Bundesrepublik bereits als präfaschistischer Staat. Beweis: Obwohl die Bundesrepublik selbst betone, daß die NPD eine nazistische Partei sei, verbiete sie diese doch nicht. Infolgedessen müsse ihre antifaschistische Einstellung nichts anderes als Heuchelei sein. Und unser Bundesaußenminister weiß nichts besseres zu tun, als die gezielte Note des Herrn Abrassimow über die NPD fast wörtlich auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg sich zu eigen zu machen.

Der Zweck der Übung: Die in Opportunisten und linke Ideologen zerrissene SPD kann nur noch durch eine Haßwelle gegen die NPD zusammengehalten werden, die zu diesem Zweck bis zu einer "Schlagt-sie-tot-Stimmung" hochgespült wird. Natürlich weiß Brandt genau, daß die NPD nicht verboten werden kann, und daß es auch für ihn gar nicht nützlich wäre, wenn das geschähe, denn das Verschwinden dieses Popanzes würde die SPD um ihr Haßsymbol bringen und dann würde sie von ihren eigenen inneren Gegensätzen aufgelöst werden.

Natürlich wäre es die Aufgabe des Bundeskanzlers und seines Außenministers, dem Ausland zu beweisen, daß es hierzulande keinen Präfaschismus gibt, sondern nur demokratische Parteien, daß die NPD in 7 Landtagen vertreten ist, daß man entschlossen ist, sie in ihren Rechten und in ihrer Ehre zu schützen. Allein dieser selbstverständliche und pflichtgemäße Weg ist durch die Regierenden selbst eigenhändig verbaut worden, weil sie zu ihrer Selbstbehauptung das präfaschistische Gespenst im Innern selbst brauchen, über das sie sich nach außen beklagen, weil sie selbst von dort als ein solches angemalt werden. Jeder Befreiungsversuch der Regierenden aus dem Dilemma verstrickt sie noch

hoffnungsloser in die selbst gelegte Schlinge, die der Kreml und die außerparlamentarische Opposition nur noch anzuziehen braucht, um sie zu strangulieren.

Die SPD ist falsch beraten: die Haßwelle hat genau das Gegenteil des gewünschten Erfolges gezeitigt. Von den acht Prozenten, die die SPD in Baden-Württemberg verlor, ist der größte Teil zur NPD gegangen. Wird die Haßwelle fortgesetzt und weiter hochgespült, so könnte die SPD erneut 8 % verlieren und die NPD 8 % der Gesamtstimmen gewinnen. Dann sind wir annähernd gleich groß wie die SPD. Die Haßwelle rentiert sich nur für die christliche CDU, der die NPD einen großen Schaden zugefügt hat, nicht, weil sie ihr Stimmen abnahm, aber weil sie ihr ein für allemal den Weg zur absoluten Mehrheit verlegt hat.

In der CDU sammelt sich alles, was will, daß nicht passiert, was auch immer passiert. Sie ist der Block der unpolitischen Sterilität. Und wenn Kiesinger neulich im Bundestag sagte, wir hätten eine "elitäre Überheblichkeit", so stimmt das schon, weil ohne das Bewußtsein, etwas Besonderes zu sein, unsere Leute sich nicht so aufopfern würden. Nur gilt es auch für die CDU, mit dem Unterschied, daß man dort so fein ist, daß niemand dieser Leute sich aufzuopfern bereit ist, denn man regiert ja, man trägt den Staat, der Staat trägt sie. Warum sich etwas aufladen und mühsam Lasten tragen, wo man doch die "Verantwortung" trägt. Zu solchem Dienst sind alle mal die Bequemen bereit, wenn sie sich noch dazu als Elite fühlen dürfen. So steht der Block der Unpolitischen unversehrt, bis er einmal von den politisch Aktiven eingekreist wird. Und dann stürzt der Himmel ein: nicht über Deutschland, aber über die CDU.

Wer ernsthaft eine Wandlung der politischen Dinge will, die das Ende des Jahrhunderts schon überall vollzog, nur nicht in Westdeutschland, darf sich nicht beklagen, die Nicht-CDU-Wähler seien nicht dankbar genug für den Segen, den die CDU angeblich mit Gottes Hilfe über uns austreute: er muß sich etwas Neues einfallen lassen - und darf nicht die CDU wählen.

Der SPD sei aber gesagt, wenn auch sie die Wandlung will, an der Zukunft mitarbeiten will, dann ist das unmöglich, solange ihr die Wähler zur NPD weglaufen: denn das ist ein Abschied für immer, ohne Wiederkehr. Denn diese Leute beschäftigen sich hinfort mit der wirklichen NPD und nicht mit Haßkarikaturen von ihr.

Die SPD sollte deshalb die erste sein, die den alten Nazipopanz verbrennt. Das Schreckenerlebnis von 1933 liegt nun über ein Menschenalter zurück. Was fragt das Menschenalter danach, das jetzt heraufkommt.

Die SPD sollte sich an Kurt Schumacher besser erinnern, der noch ihrer alten Generation angehörte und richtig sah, daß der Nationalsozialismus nur hatte aufkommen können, weil man das Nationalgefühl des Arbeiters nicht genug würdigte und glaubte, der wähle aus "soziologischen" Gründen immer links. Schumacher zog daraus die Konsequenz, und meinte, die Unabhängigkeit der Nation dürfe nirgends besser aufgehoben sein als bei seiner SPD.

Die deutschen Wähler wollen keine Revolution; alle Voraussetzungen dafür fehlen in der Tat. Sie wollen aber auch nicht die Zeiger der Zeitenuhr anhalten. Sie wollen mit der Wirklichkeit und Wandel der Zeit leben, aber sie wollen einem uns von außen und von überständigen politischen Personen von ihnen aufgenötigtem Zeitgeist Widerstand leisten. Wenn es mit einem von uns zu Ende geht, dann soll er sagen können: Ich war da für die Gegenwart, ich leistete einem entfremdenden Zeitgeist Widerstand, aber ich lebte für die Zukunft!

Vor kurzem ist in Bonn eine sogenannte Dokumentation gegen die NPD erschienen, die den Titel: "Torheiten und Tatsachen" trägt. Ich glaubte zunächst, da stünde drin, daß sich Bonn durch seine Torheiten und sein Nichtfertigwerden mit Tatsachen und durch das Nichterkennen von Tatsachenzusammenhängen selbst die ständig wachsende NPD herangezüchtet habe; denn so ist es in der Tat. Aber weit gefehlt! Darin steht, daß die NPD Torheiten verbreite, die kluge Regierung dagegen nur erfreuliche, ja geradezu begeisternde Tatsachen hervorbringt. Eigentlich müßte also die NPD ausgelacht werden, aber der Regierung nicht endenwollender Jubel entgegenschlagen.

So dumm sei nun leider der Wähler, daß er gar nicht weiß, daß er dies zu tun schuldig ist, sondern in seiner Verblendung tut er das Umgekehrte: Er lacht die Regierung aus und jubelt der NPD zu... "

Dokumentation zur Politik der NPD

Thema: Deutsche Einheit und Selbstbestimmung

„Deutschland wird nie die Oder-Neiße-Grenze, wie sie von den vier Siegermächten in Potsdam festgelegt wurde, als deutsche Grenze anerkennen.“

Kurt Schumacher, Köln, Oktober 1945

Der Anspruch auf Ostdeutschland darf durch niemand, keine Regierung und keine Partei, aufgegeben werden.

NPD-Programm XV/5

„Die polnisch besetzten und verwalteten Gebiete östlich der Oder und Neiße sind Teile der sowjetischen Besatzungszone und gehören zu Deutschland. Die interne Abmachung zwischen Sowjetrußland und Polen ist weder für die Alliierten bindend noch für die Deutschen moralisch verpflichtend.“

SPD-Wahlkampfprogramm 1949

Aus allen Grundsätzen des Völkerrechts folgert, daß das deutsche Volk ein Recht auf staatliche Einheit und Gleichberechtigung hat. Die militärische Kapitulation im Jahre 1945 hat das Deutsche Reich als Subjekt des Staats- und Völkerrechts nicht ausgelöscht.

NPD-Programm XV/8

„Ablehnung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze.“
Programm des SPD-Parteivorstandes für den Bundestag, September 1949, Bad Dürkheim

Der Raub uralten deutschen Volksbodens und die Teilung Deutschlands sind Teile einer Gewaltaktion. Jeder Verzicht verrät die Interessen des deutschen Volkes und führt zur Anerkennung der endgültigen Teilung Deutschlands.

NPD-Programm XV/2

„Die Bundesrepublik Deutschland ist allein befugt, für das deutsche Volk zu sprechen. Sie erkennt Erklärungen der Sowjetzone nicht als verbindlich für das deutsche Volk an. Das gilt insbesondere auch für Erklärungen, die in der Sowjetzone über die Oder-Neiße-Linie abgegeben worden sind.“

Erklärung der Bundesregierung vom Oktober 1949

Die Bundesrepublik vertritt im geteilten Deutschland die Mehrheit des deutschen Volkes durch eine frei gewählte Regierung. Sie trägt daher auch die Verantwortung für die Deutschen in Mitteldeutschland.

NPD-Programm XV/7

„Der Deutsche Bundestag erklärt den unerschütterlichen Willen des ganzen deutschen Volkes zu seiner nationalen Einheit.“

Entschließung des Deutschen Bundestages vom 14. September 1950

Der Anspruch des ganzen deutschen Volkes auf das ganze Deutschland muß uneingeschränkt vertreten werden.

NPD-Programm XV/3

„Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, ... in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit. Der Deutsche Bundestag spricht allen, die für diese Verbrechen verantwortlich sind und die Einverleibung Deutschlands in das Fremdherrschaftssystem betreiben, das Recht ab, im Namen des deutschen Volkes zu handeln.“

Entschließung des Deutschen Bundestages vom 14. September 1950

Unrecht an einem Volk wird, wo auch immer, durch Zeitablauf nicht Recht. Wenn auch heute noch keine Möglichkeit besteht, das Deutschland angetane Unrecht auf friedlichem Wege zu beseitigen, ist das kein Grund, das Unrecht anzuerkennen.

NPD-Programm XV/10

„Die deutsche Bundesregierung kennt seit ihrem Bestehen keine verpflichtendere Aufgabe als die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Sie ist sich bewußt, daß die erstrebte, ganz Deutschland umfassende staatliche Ordnung aus dem freien Entscheid des gesamten deutschen Volkes kommen muß.“

Erklärung der Bundesregierung vom 22. März 1950

Die Vertretung des Selbstbestimmungsrechts darf durch niemanden eingeschränkt werden. Wer die Rechte eines eigenen Volksteiles mißachtet, verzichtet auf die Möglichkeit, sich bei künftigen Friedensverhandlungen auf das Selbstbestimmungsrecht berufen zu können.

NPD-Programm XV/11

„Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen.“
Memorandum Konrad Adenauers an Eisenhower, 29. Mai 1953

Der Anspruch auf Ostdeutschland darf durch niemand, keine Regierung und keine Partei, aufgegeben werden.

NPD-Programm XV/5

„Die Bundesregierung muß durch Worte und Taten klar machen, daß die Deutschen sich niemals mit der Spaltung Deutschlands abfinden und niemals die Existenz zweier deutscher Staaten hinnehmen werden ...“

„Inzwischen gilt es, die deutsche Einheit zu erhalten mit der Kraft des Geistes, des Opfers und der Liebe. Es gibt nur ein einziges deutsches Vaterland. Wir werden nicht ruhen und rasten, bis es seine Einheit wiedergefunden hat in Frieden und Freiheit.“

Erklärung Dr. Adenauers vom 25. Februar 1954

Der Wille zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands ist mit allen geeigneten Mitteln als entscheidende Triebkraft allen deutschen Handelns zu mobilisieren. Die Welt muß wissen, daß niemand an diesem Willen vorbegehen kann.

NPD-Programm XV/12

„Der Deutsche Bundestag erklärt, daß das deutsche Volk sich niemals mit der Spaltung abfinden und die Existenz zweier deutscher Staaten hinnehmen wird... Die Bundesregierung als einzige demokratische und frei gewählte deutsche Regierung ist allein berechtigt, für alle Deutschen zu sprechen.“

Entschließung des Deutschen Bundestages vom 7. April 1954

Die Bundesrepublik vertritt im geteilten Deutschland die Mehrheit des deutschen Volkes durch eine frei gewählte Regierung. Sie trägt daher auch die Verantwortung für die Deutschen in Mitteldeutschland.

NPD-Programm XV/7

„Die Bundesregierung wird in der großen Frage der deutschen Wiedervereinigung unbeirrt das Ziel weiterverfolgen, das in den wiederholten Entschließungen und Stellungnahmen des Deutschen Bundestages, insbesondere auch in seiner letzten Sitzung vom 16. Juli dieses Jahres, einmütig kundgetan worden ist: ein in Frieden und Freiheit wiedervereinigtes Deutschland in einer Welt, in der die Sicherheit aller Völker gewährleistet ist.“

Stellungnahme der Regierung vom 28. Juli 1955

Europas Einheit setzt die Überwindung der Spaltung Deutschlands voraus. Ohne die Einheit Deutschlands kein vereintes Europa und ohne ein geeintes Europa keine friedliche und gerechte Weltordnung.

Nationaldemokratische Politik ist darum deutsch und europäisch. So wollen wir dem Weltfrieden dienen, ohne den es im Atomzeitalter keinen Fortbestand und keine Weiterentwicklung der Menschheit mehr geben kann.

NPD-Programm-Grundlagen

„Die Teilung Deutschlands ist abnorm, sie ist gegen göttliches und menschliches Recht und gegen die Natur. Ich kann es auch nicht nützlich finden, mit ihr als einer „Realität“ zu argumentieren, denn das Entscheidende, was daran real ist, ist die Überzeugung aller, daß sie nicht von Bestand bleiben kann und darf...“

„Es gibt keine echte Sicherheit in Europa ohne die Wiederherstellung der deutschen Einheit.“

Grundsatzserklärung Adenauers am 9. September 1955

Unser Volk hat das Recht, sein Schicksal nach eigenem Willen zu bestimmen. Wir lehnen es ab, die „Realität“ der kommunistischen Eroberungen von 1945 anzuerkennen.

NPD-Programm XV/1

„Wir werden vor allen Dingen nichts tun, was die Hoffnung der deutschen Menschen in Mittel- und Ostdeutschland auf ein freies und würdiges Leben zunichte machen könnte. Das darf und kann das ganze deutsche Volk von der Bundesregierung erwarten.“

Erklärung Konrad Adenauers vom 15. Januar 1951

Der Wille zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands ist mit allen geeigneten Mitteln als entscheidende Triebkraft allen deutschen Handelns zu mobilisieren. Die Welt muß wissen, daß niemand an diesem Willen vorbegehen kann.

NPD-Programm XV/12

WESTBERLINS ZEITUNGSMARKT ALS MODELL DES WESTENS

Anmerkungen zum Bericht der Michel-Kommission von Rechtsanwalt Dr. E. Sommer

Mit dem "Bericht der Kommission zur Untersuchung der Wettbewerbsgleichheit von Presse, Funk/Fernsehen und Film über die Wettbewerbsbeziehungen zwischen Presse und Rundfunk in Berlin (West)", dem sog. Michel-Bericht, hat der Schützensenat das Alibi erhalten, die soeben öffentlich begonnene Diskussion um die Pressekonzentration zu beenden. Klaus Schütz hält diesen Bericht für die geeignete Diskussionsgrundlage, denn "das entspreche guter sozialdemokratischer Tradition und sei fairer intellektueller Stil", so auf der Charlottenburger Kreisdelegiertenkonferenz der SPD am 4. Mai. Wer diesen Bericht zur Diskussionsgrundlage macht, hat die Diskussion über die Situation der Presse in Westberlin aber bereits beendet: Dem "Enteignet Springer" der APO wird das "Warten auf das Monopol" entgegengesetzt.

I. Soweit sich der Bericht mit der wirtschaftlichen Konzentration auf dem Westberliner Zeitungsmarkt befaßt, zieht er aus dem der Öffentlichkeit bereits bekannten Material den naheliegenden Schluß, daß die Konzentration auf dem Zeitungsmarkt zunehmen wird. Der Bericht nennt auch die Gründe: "Die Entwicklung in Berlin zeigt auch die sich kumulierenden Vorteile, die einem Verlag zuwachsen, der einmal eine Spitzenstellung errungen hat. Überlegene redaktionelle Leistungen bewirken eine steigende Auflage, die ihrerseits die Tausenderpreise für Anzeigen senkt und den Vorsprung weiter vergrößert."

Zu berichtigen wäre hier aber, daß in Westberlin keinesfalls "überlegene redaktionelle Leistungen" die steigende Auflage bewirken und daß die Springerzeitungen ihren Aufstieg ihren redaktionellen Leistungen zuallerletzt zu verdanken haben.

Auf wessen Kosten die weitere Konzentration vor sich geht, wird im Bericht nicht verschwiegen: "Die Auflagenentwicklung stößt an eine für die Verlage unveränderliche Grenze. Eine Steigerung der Auflage ist nur auf Kosten der Wettbewerber möglich. Eine Markterweiterung scheidet aus." Von diesem Hintergrund aus kann die Ankündigung von Axel C. Springer, seine Tätigkeit in Berlin noch erweitern zu wollen, nur als Kampfansage an die übrigen Verlage angesehen werden.

Der Bericht zeigt auch die Gründe auf, die zur Konzentration geführt haben und diese weiter begünstigen werden. Sie wird erstens durch die Steigerung der Auflagen der Straßenverkaufszeitungen gegenüber den Abonnementszeitungen gefördert. Und beide großen Straßenverkaufszeitungen, "BZ" und "Bild", kommen aus dem Hause Springer. Die einzige Abonnementszeitung, die keinen Rückgang erlitten hat, kommt ebenfalls aus dem Hause Springer, die "Berliner Morgenpost".

Zweitens bestimmt das Anzeigengeschäft die Entwicklung auf dem Zeitungsmarkt und damit das weitere Wachstum der Zeitungen. Dazu die Kommission: "Am günstigsten war aber das Wachstum der Anzeigenerlöse bei den auflagenstärksten Zeitungen. Dies bewirkte eine Konzentration der Anzeigenerlöse auf diese Zeitungen." Der Vorsprung der auflagenstärksten Zeitungen gegenüber ihren Konkurrenten hat seit 1956 in allen wettbewerbserheblichen Bereichen zugenommen. Während 1956 noch 2/3 der Vertriebs- und Anzeigenerlöse auf die drei größten Tageszeitungen entfielen, waren es 1966 3/4 der Vertriebs- und mehr als 4/5 der Anzeigenerlöse. Die drei größten Tageszeitungen ("BZ", "Berliner Morgenpost" und "Bild Berlin") sind aus dem Hause Springer. Dem Marktanteil von 69,7 % entspricht bereits ein Anteil am Vertriebserlös von 75 % und ein Anteil am Anzeigenerlös von mehr als 80 %, wobei die Erlöse der "Welt" noch hinzukommen. Aus der Kombination dieser Zahlen wird die wirtschaftliche Macht Springers deutlich: Mehr als 80 % der Gesamterlöse auf dem Westberliner Zeitungsmarkt zieht die Kochstraße ein.

Drittens kann der Konzentrationsvorgang mit Hilfe der Preispolitik beeinflußt werden. Das Haus Springer hat von diesem Mittel Gebrauch gemacht, indem es mit gespaltenen Vertriebspreisen zur Markterweiterung arbeitete: So wurde der Bezugspreis für "Die Welt", die im Wettbewerb zum "Tagesspiegel" steht, später als im Bundesgebiet erhöht. Ein ähnlich gespaltenen Abonnementspreis konnte laut Bericht bei der "Welt am Sonntag" festgestellt werden.

Viertens räumt der Bericht ein, daß das Haus Springer mit den Berlinausgaben von "Bild" und "Welt" und seit 1967 mit "Hör zu" eine gezielte Expansion betrieben hat, die geeignet ist, eine beherrschende Stellung erheblich zu festigen und auszubauen. Das Eindringen überregionaler Zeitungen in lokale Märkte und die damit verbundenen gezielten Wettbewerbsmaßnahmen können für die Lebensfähigkeit kleinerer und mittlerer Zeitungen entscheidend sein. Diese Erwägungen gelten nach dem Bericht in besonders hohem Maß für den Westberliner Markt.

Nach diesen Ergebnissen der Kommission erwartet man also die Aufforderung an Senat und Abgeordnetenhaus, Sofortmaßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Zunahme der Konzentration, die den wirtschaftlichen Tod noch bestehender Verlage bedeuten würde, zu beschließen. Eine Entflechtung des Springerkonzerns hätte von der Michel-Kommission, genannt nach dem Vorsitzenden Ministerialdirektor a. D. und Vorsitzenden des Vorstandes der Salamander AG Dr. Elmar Michel, sowieso niemand erwartet.

Die rechtlichen und politischen Schlußfolgerungen in dem Bericht könnten aber in der Kochstraße verfaßt worden sein. Einen besseren Freibrief für seine "unternehmerische Tüchtigkeit" hätte sich Axel C. Springer selbst nicht schreiben können. Der Senat hat diesen Freibrief für 200 000 DM von einer "wissenschaftlichen Kommission" erhalten.

II. Nach dem Bericht ist zur Zeit eine verfassungswidrige Pressekonzentration nämlich nicht ersichtlich. Die Kommission räumt zwar ein, daß die Erhaltung einer funktionsfähigen demokratischen Presse in der besonderen Lage Berlins wichtig ist. Die Voraussetzungen für ein regelndes oder förderndes Eingreifen durch die Staatsgewalt seien aus verfassungsrechtlichen Gründen zur Zeit nicht ersichtlich. Soweit das Ergebnis.

Zur Begründung wird aus der Aufforderung zur Wiedervereinigung in der Präambel des Grundgesetzes ein "Wiedervereinigungsauftrag", der als "höchste Norm des deutschen Staatsrechts allen anderen Rechtsregeln besondere Prägung verleiht: auch Grundrechte und institutionelle Garantien stehen unter seinem Vorbehalt". Nach diesem Sprung in quasi naturrechtliche Höhen folgt eine mehr positivistische Begründung: "Der Wiedervereinigungsauftrag ist mehr als eine Ermächtigungsnorm". Die gescheiterte Wiedervereinigungspolitik im Sinne der Annexion der DDR behält für Westberlin also weiterhin Geltung. Zwar hat nach dem Bundesverfassungsgericht die Präambel nicht nur politische, sondern auch rechtliche Bedeutung. In dem Wiedervereinigungsgebot der Präambel aber bereits "mehr als eine Ermächtigungsnorm" zu sehen, heißt, das Grundgesetz auf die Präambel zu reduzieren. Notstandsgesetzgebung wird durch schlichte Verfassungsinterpretation ersetzt. Die Ermächtigungsnorm tritt an die Stelle des Ermächtigungsgesetzes.

Die Kommission kommt zu dem bemerkenswerten Schluß: "Das Wiedervereinigungsgebot kann den Berliner Zeitungsmarkt nur als Modell des Westens begreifen." Und wie das Modell inhaltlich auszusehen hat, bleibt uns die Kommission nicht schuldig: "Das Wiedervereinigungsgebot verlangt zwar ein politisch und publizistisch gesundes Berlin. Hierfür ist aber eine erhöhte Zeitungsvielfalt nicht unbedingt erforderlich." Die Springerzeitungen garantieren die Übernorm des Wiedervereinigungsauftrags und damit ein politisch und publizistisch gesundes Westberlin als Modell des Westens. Überflüssige Vielfalt der Presse, die nur von der Übernorm abweichen kann und damit störend bis verfassungsfeindlich werden muß, wird diesmal nicht durch die Gleichschaltung der Presse, sondern durch den wirtschaftlichen Schrumpfungsprozeß erreicht, den uns die Kommission im ersten Teil dargelegt hat und der zum Monopol Axel C. Springers führen wird.

Hier bekommt die Kommission ihre Bedenken und sie schränkt ein: "Nur bei totaler publizistischer Machtergreifung durch einen Verleger oder einen Konzern, in einem Extremfall also, könnte (nicht "muß", d. Verf.) gesetzgeberisches Eingreifen erforderlich werden.

Vorsorglich hat die Kommission alle Wege für ein früheres Eingreifen verbaut. Staatliche Subventionen für die übrige Presse werden verworfen, weil "eine staatlich subventionierte publizistische Demokratizität Zweifel an der Glaubwürdigkeit der freiheitlichen Staatsform aufkommen lasse"; regelnde staatliche Eingriffe zur Herstellung oder Erhaltung einer bestimmten speziellen Pressevielfalt in Westberlin werden als nicht erforderlich angesehen. Hingegen wird die Bundverklammerung des Berliner Zeitungsmarktes als notwendig betont, denn hier liegt Springers wichtigstes Mittel zur Marktbeeinflussung.

